



OLIVER ULLOTH

WK Kassel-Land I



FLORIAN SCHNEIDER

WK Kassel-Land II

Kassel, 23. November 2022 | Ausgabe 1

Unsere Arbeit im Hessischen Landtag und im Landkreis Kassel

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Newsletter möchten wir Euch einen Einblick in unsere Arbeit im Hessischen Landtag in Wiesbaden und im Landkreis Kassel geben. Er erscheint regelmäßig in der Woche nach den Plenarsitzungen und beinhaltet aktuelle Themen der vergangenen Plenarwoche, Pressemitteilungen und vieles mehr. Für den Newsletter könnt ihr euch [online](#) anmelden. Wenn Ihr Fragen und Anregungen zu unserer Arbeit habt, dann kontaktiert uns gerne, unsere Kontaktadressen findet ihr unten auf der letzten Seite. Mit dieser Ausgaben wollen wir euch das Instrument der Kleinen Anfrage vorstellen um Auskünfte der Landesregierung zu lokalen Themen zu erhalten.

Zum Zustand der Landesstraßen im Landkreis Kassel

Verkehrsminister muss handeln!

Ulloth/ Schneider (20/8923): Wir sind schockiert, letztlich aber nicht wirklich überrascht, über den nun dokumentierten, desolaten Zustand der Landesstraßen im Landkreis Kassel. Bei unserer Kleinen Anfrage an Verkehrsminister Tarek Al-Wazir (Bündnis90 / Die Grünen) hat der Minister das Bild bestätigt, welches wir tagtäglich vor Ort erleben müssen: Mehr als die Hälfte der Landesstraßen im Landkreis Kassel sind in einem schlechten oder gar sehr schlechten Zustand. Es kann nicht sein,

dass seit 2014 der vorhandene Sanierungsstau nicht adäquat angegangen wird. Insbesondere seitdem Hessen Mobil nicht mehr für die Autobahnen zuständig ist.

Ebenfalls lässt sich festhalten, dass lediglich 44 km der im Landkreis Kassel vorhandenen Landesstraßen in den letzten acht Jahren saniert worden sind – das entspricht gerade einmal 11% der 396 km Landesstraßen im Landkreis. Damit liegt der Sanierungsstau im Landkreis Kassel sogar

unter dem hessenweiten Durchschnitt von 13%. Es reicht nicht aus, sich punktuell mit tollen Sanierungsmaßnahmen zu brüsten, wenn der Großteil der Straßen eine Gefährdung für den Straßenverkehr darstellt. Dies zeigt sich auch beim weiteren Ausbau von Schutzplanken entlang der Landesstraßen nach Vorgabe der Bundesanstalt für Straßenwesen: In den Jahren 2018 bis 2022 sind bisher nur 26,52 km mit neuen Schutzeinrichtungen ausgestattet worden. Von adäquatem Schutz für Fahrerinnen und Fahrer kann keine Rede sein. Gerade in den ländlich geprägten Gebieten gibt es zu viele Landesstraßen, die ein potenzielles Unfallrisiko darstellen. Besonders in den Herbst- und Wintermonaten ist bekanntlich das Unfallrisiko höher.

Die schwarzgrüne Landesregierung nimmt Unfälle und Gefahrenpotenziale billigend in Kauf.

Das Land muss wieder verstärkt eigene finanzielle Mittel einsetzen und für eine schnelle Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen sorgen – gerade im ländlichen Raum. Die Grundsubstanz der Straßen weiter verfallen zu lassen, erhöht nur die Gesamtkosten in Folgejahren.



Kleine Anfrage zu Radwegen im Landkreis Kassel:

Wir fragen die Landesregierung nach Entwicklungskonzepten



Ulloth/ Schneider (20/9339): Angesichts des Klimawandels ist eine zügige Umsetzung der Verkehrswende von großer gesellschaftlicher Dringlichkeit. Es ist wichtig, die umweltfreundliche Verkehrsart Radfahren auszubauen und aufzuwerten. Wegen der geringen Besiedlung ist im ländlichen Raum ein deutlicher Ausbau des Radwegenetzes erforderlich, damit Autos auch durch Fahrrad oder Pedelec ersetzt werden können.

Außerdem muss der Radwegebau inzwischen auch aus einer Perspektive der Daseinsfürsorge und gesellschaftlichen Teilhabe gedacht werden, damit alle Menschen mobil sein und soziale Kontakte erhalten können. Darüber sind wir uns einig. Die Schwerpunktsetzung im Individualverkehr muss sich ändern. Eine Ertüchtigung sowie Erweiterung des Radwegenetzes im Landkreis Kassel ist dringend erforderlich.

„Wir möchten von der Landesregierung wissen, wie sie die notwendige Verkehrswende im Landkreis Kassel voranbringen will und welchen Bedarf an Radwegen bzw. Radwegeinfrastruktur sie innerorts und außerorts sieht. Weiter fragen wir nach dem Zustand der Radwege im Landkreis und wollen erfahren, ob die Landesregierung ergänzende Radwege zur Verbindung von Orts- und Stadtteilen zu anderen Städten und Gemeinden im Landkreis Kassel plant. Wir halten auch die Anbindung der Region an Radfernwege für sehr wichtig und fragen deshalb nach dem Planungsstand von Verbindungen zu Radfernwegen außerhalb des Kreises.“

Florian Schneider und Oliver Ulloth

Außerdem darf von einem grünen Verkehrsminister erwartet werden, dass ihm Erhalt und Erweiterung des Radwegenetzes in allen Regionen Hessens eine Herzensangelegenheit ist. Deshalb wünschen wir uns eine Auflistung aller seit 2014 im Landkreis Kassel gebauten oder zumindest sanierten Radwege. Damit wollen wir prüfen, ob einzelne Regionen Hessens beim Radwegebau erheblich bevorzugt oder benachteiligt werden.

Lärmschutz entlang der A7

Schneider (20/9482): An der etwa neun Kilometer langen A 7 Teilstrecke zwischen Kreuz Kassel-Mitte und der Landesgrenze nach Niedersachsen klagt eine Vielzahl von Anwohnerinnen und Anwohnern, die in direkter Nähe zur Autobahn leben, über die massive Lärmentwicklung der vielbefahrenen Straße. Dies betrifft insbesondere die Bewohnerinnen und Bewohner der Kommunen Lohfelden und Niestetal sowie der Stadt Kassel.

Die Lärmentwicklung muss eingedämmt werden!

Eine Möglichkeit, die Lärmbelastung für die Wohnbevölkerung abzumildern, wäre eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf dem Teilabschnitt, doch das Land zieht sich hier aus der Verantwortung. In Anbetracht der Tatsache, dass es hier um die Gesundheit der Anwohnerinnen und Anwohner geht, ist es ein Unding, sich hinter Formalitäten zu verstecken. Somit wird keine Verbesserung für die Betroffenen erreicht.

Wir lassen bei diesem Thema nicht locker und haben am Montag den 07.11.2022 eine weitere Anfrage mit der Drucksachennummer [20/9482](#) eingebracht um die Landesregierung an ihre Aufgaben zu erinnern und Klarheit über die Zuständigkeitslage herzustellen.

Hinweis zu Kleinen Anfragen im Landtag:

Zur Ausübung der Kontroll- und Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments können Abgeordnete und Fraktionen Anfragen an die Landesregierung einbringen. Laut Landtagsgeschäftsordnung soll die Beantwortung Kleiner Anfragen innerhalb von sechs Wochen erfolgen.



Bruschi (<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:PSS1.jpg>), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>

Blitzer-Anhänger ermöglichen!

Ulloth (20/9317): Ein erneuter Vorstoß für mehr nächtliche Ruhe an der Autobahn A 44 in Höhe von Burghasungen. Die Bewohnerinnen und Bewohner des Zierenberger Stadtteils Burghasungen sowie im Ortsteil Ehlen der Gemeinde Habichtswald haben ein berechtigtes Interesse daran, bestmöglich vor Autobahnlärm geschützt zu werden, der im Zuge der näher rückenden Fertigstellung der A 49 noch deutlich zunehmen wird. Wenn die zum Lärmschutz eingerichtete, deutlich zu kurz bemessene Geschwindigkeitsbeschränkung in Höhe von Burghasungen Wirkung zeigen soll, muss die Einhaltung konsequent überwacht werden. Der hessische Verkehrsminister Tarek Al-Wazir (Bündnis 90/Die Grünen) habe aber sowohl die mobile als auch eine stationäre Überwachung als nicht möglich abgetan.

An hessischen Autobahnen sind seit einiger Zeit vermehrt „Blitzer-Anhänger“, sogenannte Enforcement-Trailer zu sehen, die offenbar auch in topographisch schwierigen Situationen (z.B. an der A 7, in Fahrtrichtung Bad Hersfeld zwischen Kilometer 355,5 und 356,5) erfolgreich einsetzbar sind. Ich möchte von der Landesregierung wissen, ob sie bereit ist und wie lange es dauert, Standflächen für die temporäre Platzierung von Enforcement-Trailern zur Geschwindigkeitsüberwachung in beiden Fahrtrichtungen fertigzustellen!

Kleine Anfrage zum Länder-Gutachten über das geplante Atommülllogistikzentrum in Würgassen

Schwarz-Grün darf sich nicht länger raushalten!

Ulloth (20/9518): Ein Gutachten des TÜV Nord, in Auftrag gegeben von den Bundesländern Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, hat im August die Kritik aus der Region am geplanten zentralen Atommüllbereitstellungslager (ZBL) in Würgassen bestätigt. Darin heißt es u.a., dass auch ohne ZBL ein Zweischichtbetrieb im Endlager und somit eine schnellere Einlagerung der Atomabfälle möglich ist. Es ist bemerkenswert, dass die schwarz-grüne hessische Landesregierung bei der Beauftragung des Gutachtens nicht beteiligt gewesen ist.

Unterstützt werde ich dabei vom Bürgermeister der Stadt Bad Karlshafen, Marcus Dittrich. „Von den Plänen für das ZBL ist nicht nur eine Kommune in Nordrhein-Westfalen betroffen, sondern auch die unmittelbaren Nachbarn in Niedersachsen und Hessen – sowohl durch die räumliche Nähe, als auch durch die geplanten Transportwege“, sagt Dittrich. „Von Anfang an stimmen sich daher die Kommunen im Dreiländereck über Landes- und Parteigrenzen hinweg untereinander ab, informieren sich gegenseitig und agieren gemeinsam im Sinne der Region. Daher würde ich mir wünschen, dass das Land Hessen wahrnehmbarer wird und sich den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen anschließt, um auch auf Landes- und Bundesebene die Interessen der hessischen Seite des Dreiländerecks zu vertreten.“

In meiner Anfrage möchte ich ausloten, welchen Stellenwert die hessische Landesregierung dem ZBL in Würgassen und gemeinsamem Handeln mit den Nachbarbundesländern beimisst. Ich möchte wissen, wie das Gutachten in Wiesbaden bewertet wird. Ob und in welcher Form eine Abstimmung der hessischen Landesregierung mit den Ländern Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bzw. dem Bund zum Thema ZBL und insbesondere zum Standort Würgassen stattfindet, ist eine weitere Frage, auf die ich eine Antwort erwartet. Interessant ist auch, ob die Landesregierung sich im weiteren Verfahren den bereits gemeinsam agierenden Bundesländern Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen anschließen und sich künftig hinsichtlich des weiteren Vorgehens abstimmen wird. Ich gehe davon aus, dass nur so die Interessen des Landes bzw. der unmittelbar betroffenen hessischen Kommunen gegenüber dem Bund durchgesetzt werden können.

Bei einer Pressekonferenz zum Abschluss eines Besuchs des nordrhein-westfälischen Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Karl-Josef Laumann, beim ‚Standort-Arbeitskreis Würgassen‘ hatte ich im Oktober Gelegenheit nachzufragen, warum bei der Beauftragung des TÜV-Gutachtens die Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zusammen aktiv wurden, nicht aber das Land Hessen. Die Antwort habe sinngemäß gelaute, die hessische Landesregierung sei mehrfach angesprochen worden, habe sich aber bezüglich einer Beteiligung nicht zurückgemeldet. Das irritiert, weil hessische Gemeinden nur wenige Kilometer vom geplanten ZBL-Standort entfernt liegen und die gesamte Region Nordhessen durch den Atommüll transportierenden Verkehr belastet wird.

„Es ist mir unverständlich, dass Hessen beim Thema Würgassen bisher so wenig sichtbar ist. Die Prüfung des Ergebnisses des durch die Landesregierungen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen beauftragten Logistikgutachtens soll Basis für eine bestmögliche Lösungsfindung sein, und Hessen darf sich nicht länger raushalten!“

Oliver Ulloth

Auszüge aus dem [Plenum Aktuell](#) Ausgabe 9/2022

Plenarsitzung Hessischer Landtag im November 2022



Bild: Hessischer Landtag - Das Plenargebäude am Eingang aus der Grabenstraße - Foto: H. Heibel

Hinter uns liegt eine Plenarwoche, die vor allem von Gesetzeslesungen geprägt war. Wie Sie wissen, haben in Hessen die meisten Gesetze eine befristete Gültigkeit, so dass sie der Landtag immer wieder neu beraten und beschließen muss. Das hat den Vorteil, dass das Parlament gezwungen ist, in regel mäßigen Abständen zu überprüfen, ob landesgesetzliche Normen in ihrer bestehenden Form noch sinnvoll und erforderlich sind. Und es hat den Nachteil, dass das Plenum des Hessischen Landtags viel Zeit für die Beratung von bereits bestehenden Gesetzen aufwenden muss, wodurch die Tagesordnung des Hessischen Landtags oftmals umfangreicher ist als in anderen Ländern. Dafür, dass die politischen Zukunftsthemen im Landtag dennoch nicht zu kurz kommen, sorgt die SPD-Fraktion mit ihren Initiativen und Debattenanstößen – zum Beispiel zum Wählen mit 16 bei Landtagswahlen, zum Umgang mit den NSU-Akten, aber auch zum Bürgergeld, dessen Einführung vom Bundesrat zunächst aufgehalten wurde, weil die CDU-geführten Landesregierungen (auch die hessische) dem Vorhaben nicht zugestimmt haben.

Nahezu alles, was in der öffentlichen Diskussion bislang gegen das Bürgergeld vorgetragen wurde, war polemisch und frei von Fakten. Das muss einen bei manchen politischen Mitbewerbern nicht wundern. Aber es erstaunt im Falle der Grünen, die an der Bundesregierung beteiligt sind und dort das Bürgergeld mitgetragen haben, während sie in Hessen als Koalitionspartner der CDU deren Blockadehaltung schweigend hinnehmen. Verlässlichkeit sieht anders aus.

Politisches Kalkül ist beim Bürgergeld fehl am Platz

Die Ampel-Koalition im Bund hat in der vergangenen Woche das Bürgergeld auf den Weg gebracht und damit gerade jetzt ein deutliches Signal gesetzt: die Menschen verdienen mehr Sicherheit in schwierigen Lebenslagen. „Genau in dieser Zeit konstruiert die Union Vorwürfe und hantiert mit falschen Zahlen. Arbeitende Menschen mit geringem Einkommen werden so gegen erwerbslose Menschen ausgespielt. So viel Verantwortungslosigkeit macht mich fassungslos“, kritisierte Lisa Gnadl in der Plenardebatte zum Bürgergeld. Wichtige finanzielle Entlastungen für so viele Menschen dürften nicht dem reinen Kalkül der Parteipolitik geopfert werden. Besonders Familien seien hart getroffen. Ab jetzt dürfe es daher nur noch eine Zielrichtung geben: Die Länder seien in den nun anstehenden Beratungen im Vermittlungsausschuss gefragt, damit die Verhandlungen über das Gesamtpaket schnellstmöglich abgeschlossen werden können. „Die Landesregierung darf sich nicht weiter an einer solchen Blockadehaltung im Bundesrat beteiligen und muss dieser wichtigen Reform zustimmen“, so Lisa Gnadl.

E-Government-Gesetz enttäuscht

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Hessischen E-Government Gesetzes lässt Kernprobleme unberührt. Laut Landesregierung soll der Gesetzentwurf Grundlagen schaffen, um die durch das Online-Zugangs-Gesetz gestellten Anforderungen an die öffentliche Verwaltung erfüllen zu können. Betrachte man den Entwurf genauer, könne man feststellen, dass es hauptsächlich um redaktionelle Änderungen gehe, die bereits 2019 hätten passieren müssen, erklärt Florian Schneider, Mitglied im Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz.

[Hier geht's zur Rede](#)



„Dass die Landesregierung keine auskömmliche Finanzierung bereitstellt, lässt die Selbstverwaltung der Kommunen zu einer reinen Pflichtverwaltung erstarren: Die Förderung von Digitalisierungsprojekten im Zuge der ‚Starken Heimat Hessen‘ erfolgt größtenteils aus der Heimatumlage – jene Gelder, die den Kommunen entnommen und dann vermindert, schlecht umverteilt oder gar nicht zur Verfügung gestellt werden. Es bringt auch nichts, nur ein Frontend zu finanzieren, bei dem der online gestellte Antrag als reines PDF-Dokument im E-Mail-Eingang des Rathauses landet, wenn die Verwaltungsworkflows weiterhin in gewohnter, analoger Form gelebt werden. Ein Digitalisierungsprozess hört nicht an den Türen des Rathauses auf“

Florian Schneider

Die SPD-Fraktion sehe sowohl in der Umsetzung, als auch in der Finanzierung erhebliches Verbesserungspotential.



NSU-Akten

Geheimniskrämerei schürt Misstrauen

Günter Rudolph hat die Landesregierung dazu aufgerufen, im Umgang mit den so genannten „NSU-Akten“ Transparenz herzustellen, um das Vertrauen in den Rechtsstaat zu stärken. „Es gibt keinen Zweifel daran, dass die größte Gefahr für die Demokratie, unseren Rechtsstaat und unser friedliches Zusammenleben, vom Rechtsextremismus ausgeht. Deswegen müssen diejenigen, die politische Entscheidungen für unser Staatswesen zu treffen haben, dafür sorgen, dass das staatliche Handeln über jeden Zweifel erhaben ist. Ein wesentliches Instrument dafür ist Transparenz. Und daran man gelt es der Landesregierung im Umgang mit den so genannten ‚NSU-Akten‘, machte der Fraktionsvorsitzende in der Plenardebatte über einen entsprechenden SPD-Antrag deutlich.

„Wir sprechen hier von einem Sachstandbericht des Landesamtes für Verfassungsschutz, den der damalige Innenminister und heutige Ministerpräsident Boris Rhein 2012 in Auftrag gegeben hat, um sich einen Überblick über den Kenntnisstand seiner Behörden zu der Mörderbande namens NSU zu verschaffen, die den Kasseler Bürger Halit Yozgat erschossen hat. Ein Bericht, den er dann nie gelesen haben will. Dieses Papier erschien seinem Nachfolger als so brisant, dass es schließlich für 30 Jahre als ‚geheim‘ eingestuft wurde. Diese Geheimniskrämerei hatte vor allem ein Ergebnis: Misstrauen gegenüber dem Staat und seinen Institutionen. Denn es entstand der Eindruck, dass etwas vertuscht werden sollte“

Günter Rudolph.

Eine wirkliche Aufklärung des NSU-Komplexes habe nicht stattgefunden. Dabei schulde der Rechtsstaat den Kpfern des rechten Terrors und ihren Angehörigen Aufklärung in Bezug auf mögliche Fehler von Behörden. „Jetzt kennt die Öffentlichkeit den NSU-Bericht, weil Jan Böhmermann ihn veröffentlicht hat. Und er zeichnet ein desolates Bild des Verfassungsschutzes, der über weite Strecken organisatorisch, technisch und fachlich nicht in der Lage war, seine Aufgabe wahrzunehmen“, so Rudolph. „Fehler einzugestehen und sich dafür zu entschuldigen, ist ein Zeichen von Größe und ein erster Schritt auf dem Weg, Vertrauen in den Staat und sein Handeln wiederherzustellen. Deswegen appelliere ich an die Landesregierung: Machen Sie sich ehrlich, sagen Sie, was wirklich war.“

Wir bei Social Media

EAM - Energie aus der Mitte

Schneider: Wie steht es um die Energieversorgung im Landkreis Kassel? Wie ist die Situation des örtlichen Strom- & Gasversorgers? Vor welchen Herausforderungen stehen wir global und regional? Welche Chancen bietet uns diese Krise aber auch?

Diese Themen habe ich am 26. Oktober in einem Gespräch mit den beiden Geschäftsführern unseres kommunalen Energieversorgers, der EAM, besprochen. Im Gespräch mit Olaf Kieser und Hans-Hinrich Schriever gab es einen Einblick in die aktuelle Risikoabschätzung, dem Gasengpass, steigenden Strompreise und die Chance bei erneuerbaren Energien. Schnell stellte sich heraus, dass wir uns unabhängiger machen müssen. Jede selbst produzierte Kilowattstunde muss nicht importiert werden. Deswegen braucht es ein flächendeckendes Netz an PV-Anlagen, Windrädern und Wasserkraft. [Mehr lesen...](#)



V.l.n.r. Hans-Hinrich Schriever (Geschäftsführung EAM), Florian Schneider, Olaf Kieser (Vorsitzender der Geschäftsführung EAM)

Feuerwehr Wolfhagen



V.l.n.r. Oliver Ulloth, Wolfhager Bürgermeisterkandidaten Jens Vial, Vizelandrätin Silke Engler

Ulloth: „Gott zur Ehr‘, dem Nächsten zur Wehr“, so lautet der über 100 Jahre alte Wahlspruch der Feuerwehren. Zusammen mit unserem Wolfhager Bürgermeisterkandidaten Jens Vial sowie unserer Vorsitzenden der SPD im Landkreis Kassel, Vizelandrätin Silke Engler, habe ich am 22. Oktober an der feierlichen Einweihung des neuen Feuerwehrstützpunktes in Wolfhagen teilgenommen. Insbesondere die Stadt Wolfhagen, aber auch der Landkreis Kassel und das Land Hessen haben insgesamt rund 11 Mio. Euro investiert. Wir gratulieren den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Wolfhagen und den umliegenden Städten und Gemeinden zu diesem Schmuckstück, welches die Sicherheit in der Region steigert. Wir wünschen euch, den Feuerwehrkameradinnen und Kameraden Freiwilligen Feuerwehr Wolfhagen, dass ihr viel Freude in eurem „neuen Zuhause“ habt. Kehrt stets wohlbehalten von euren Einsätzen zurück in den Feuerwehrstützpunkt. Glück auf. [Mehr...](#)

Wir beim Training der OSC Blue Birds Cheerleader

Ulloth/ Schneider: Der Landkreis Kassel hat eine tolle Vereinslandschaft! Wenn sich zwei Landtagsabgeordnete (Oliver Ulloth, MdL und ich) beim Training der OSC Blue Birds Cheerleader Abt des OSC Vellmar als Newbies beteiligen, dann sieht das in etwa so aus. Aus einer spontanen Idee auf dem Sportkrestag entstanden, waren wir vergangene Woche dann in Sportklamotten in der Sporthalle bei den Cheerleadern des OSC Vellmar dabei. Wir danken euch, dass wir uns nicht nur als Zuschauer, sondern auch als Teilnehmer im Training davon überzeugen konnten, was ihr für einen tollen Sport betreibt. Let's go! [Mehr lesen...](#)



V.l.S.d.P. Florian Schneider, MdL Humboldtstraße 8a 34117 Kassel, f.schneider@lg.hessen.de



florian-schneider.org

@floschneider.spd

@floschneider.spd



oliver-ulloth.de

@oliverulloth

@oliverulloth